



JUGENDBEWEGUNG UND „RECHTE“ BÜNDE

Ausgrenzung als politische Methode nun auch bei den heutigen Jugendbünden

Von Gerhard Neudorf

Die Gruppen und Bünde der Jugendbewegung verstanden sich stets als Erziehungsgemeinschaften. Sie entstammten größtenteils dem Bildungsbürgertum. Daher gab es ein sehr breites kulturelles Interesse.

Gute Vorbilder „bündischen“ Zusammenlebens

Zunächst galt und gilt in den überschaubaren Gruppen der Bünde, dass eine direkte Meinungsbildung zum Handeln führt. Gleichgültig, ob Vorschläge vom Gruppenführer oder von Gruppenmitgliedern kommen, jeder darf seine Meinung einbringen. Ziel ist eine Einigung aller.

Gehört nun Politik zur Bildung in bündischen Gruppen?

Die Antworten der mir bekannten Wandervogelbünde war: Parteipolitik ist nicht Sache eines Bundes, sondern Sache jedes Einzelnen, aber in freien Gruppen werden alle interessierenden Fragen besprochen. In Wahrhaftigkeit miteinander umzugehen ist krönendes Gebot der Erziehung und Bildung.

Parteipolitisches Engagement eines Bundes lehnte man also ab. Über die großen Fragen der Menschheit aber diskutierte man, auch über die richtigen Maßstäbe in Politik und Gesellschaft.

Berühmt wurden die Barrikadenkämpfe in München Anfang der 20er Jahre, bei denen tagsüber Bündische auf beiden Seiten gegeneinander kämpften, abends aber wieder im „Nest“ zusammenkamen und miteinander sangen.

Was kann man aus dieser Anekdote ersehen?

- Der Mensch war wichtiger als seine politische Meinung.

- Heutige Bünde, die politisches Fragen in ihren Reihen ausschließen, stehen ebensowenig auf dem geistigen

Boden der Jugendbewegung wie solche, die bestimmte politische Maximen an die Stelle des brüderlichen Denkens setzen.

Schlechte Vorbilder heutiger Politik

Ein jüngstes Beispiel: Da gewinnt eine Kandidatin der SPD, Frau Ypsilanti, bei der Hessischen Landtagswahl 2008 für ihre Partei 12% der Stimmen hinzu, weil sie sich für nötige Reformen einsetzte. Eine eindeutige linke Mehrheit in Hessen aus SPD, Grünen und Linken bekannte sich zu diesen Zielen und könnte Frau Ypsilanti wählen und in ihren Zielen unterstützen.

Und worüber spricht man in der Öffentlichkeit? Über ein gegebenes Wahlversprechen, nicht mit anderen Parteien zu koalieren. Die Öffentlichkeit ist so ungebildet, dass sie nicht die wesentlichen Wahlkampfthemen, die zum Wahlerfolg von Frau Ypsilanti führten, also eine bessere Zukunftsentwicklung einzuleiten, in den Vordergrund stellt, sondern Sekundärtugenden wie gegebene Versprechen, nicht mit einer bestimmten Partei zu koalieren.

Und wer waren die Wähler der Linken? Doch in der Hauptsache frühere SPD- und GRÜNEN-Wähler, die aus Verdrossenheit über die unsoziale Politik der SPD-Grünen-Bundesregierung Schröder dessen früherem Parteifreund Lafontaine mehr soziale Kompetenz zutrauten als der SPD und den GRÜNEN.

So kommt es zu keiner Einigung, Ausgrenzung der Linken wird praktiziert und der Wählerwille der (linken) Mehrheit der Wähler missachtet.

Fazit: Die Unlust der Wähler an den Parteien wird weiter wachsen.

Das dahinter stehende Problem ist, dass die ursprünglichen Volksparteien CDU/CSU und SPD sich dem amerikanischen Vorbild (Demokraten und Republikaner) angenähert haben, also weniger ideelle, viel mehr pragmati-

sche Ziele anstreben, die von der Bevölkerung selten durchschaut werden.

Ausgrenzung als politisches Mittel zum Machterhalt

Wahlversprechen, nicht mit einer anderen Partei zu koalieren, haben ihre Wurzel nicht etwa in einer edlen Gesinnung, sondern in wahltaktischen Gründen, andere Parteien nicht zum Zuge kommen zu lassen.¹

Argumente, politisch unzuverlässig zu sein, gehören zum Kampfstil. Etikettierungen wie „linksextrem“ und „rechtsextrem“ verhindern, berechnete linke und rechte Positionen der anderen Seite überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

Was hat das mit der heutigen bündischen Jugend zu tun?

Hier versuchen jetzt auch vor allem linkshörige Sprecher junger Bünde Gespräche mit von ihnen als „rechtsextrem“ abgestempelten Bünden zu verhindern.

Denn dann kämen so sachliche Gespräche wie jüngst beim Beräunertreffen auf Burg Ludwigstein heraus, bei denen alle Richtungen zu Wort kamen.

Sie haben offenbar mit ihrer Ausgrenzungsstrategie gegenüber ihnen „verdächtigen“ Bünden Erfolg bei den eigentlich unpolitischen Bünden, die seither nichts gegen die Teilnahme z.B. des Freibundes am Singewettstreit in Würzburg einzuwenden hatten.

¹ Als vor den Kommunalwahlen 1981 alle Parteien ihre Wahlprogramme vor der Presse erläuterten, war ich selbst Betroffener einer solchen SPD-Taktik. Ein ehemaliger Schüler meiner Schule, auch Schulsprecher, mit mir gut bekannt wegen unserer guten Zusammenarbeit im Langener Stadtjugendring, wechselte als SPD-Vertreter kein Wort mit mir als GRÜNEM-Vertreter. Das hinderte die hessische SPD dann allerdings nicht daran, später mit den GRÜNEN in Hessen eine Koalition einzugehen.



Freibund und Sturmvogel

Als Gründe dafür, keine Gruppen von rechten Organisationen bei bündischen Veranstaltungen zuzulassen, hört man häufig, deren Anwesenheit bringe auch die anderen beteiligten Gruppen in den Verdacht, mit ihnen zu sympathisieren, also selbst „rechts“ zu stehen. Gemeinsame Formen wie Kohten, Kluft, Singen etc. schüren diese Angst. Und wer Angst hat, muss sich zum Kampf wappnen, und hier beginnt der unselige kriegerische Prozess.

Ist etwa eine Beteiligung der beiden Bünde an strafbaren Handlungen bekannt?

Die Anti-Freibund- und Anti-Sturmvogel-Attacken, die jetzt zum Ausschluss dieser Bünde vom Würzburger Singewettstreit geführt haben sollen, sind wegen nur verbaler Anschuldigungen kein Ruhmesblatt für die Bünde.

Und bekanntlich ist Angst ein schlechter Ratgeber. Außerdem ist sie ein rein egoistisches Gefühl.

Und wer hat mit Recht Angst? Nicht, wer sich unterlegen fühlt?

Die Gründe für solche Ängste und Unterlegenheitsgefühle muss jeder mit sich selbst ausmachen.²

Wer sich seiner Sache sicher ist, wird eine solche Angst nicht haben, auch die nicht, dass Jüngere vielleicht verführt werden könnten; denn diese kann man darauf aufmerksam machen, dass sie sich nicht einfangen lassen sollen.

Worum sollte es eigentlich gehen?

Bei den Singewettstreiten sollte es natürlich eigentlich um einen Wettbewerb von Gruppen in gutem Singen gehen – so wie bei Frau Ypsilanti um Reformen in der Politik.

Dass vier Gruppen des Freibunds z.B. bei einem Singewettstreit in Würzburg sehr schöne und mir bis auf tejos

² (Und auch die Gründe für selbstgefälliges Schulterklöpfen für einen – zweifelhaften – Sieg!)

„Der Bauer fuhr lustig in den Föhrenwald“ unbekannte Lieder in heiterer Natürlichkeit, also keineswegs irgendwie militantes Liedgut, vorgetragen haben, war eine Bereicherung dieses damaligen Singewettstreits.

Dürfen Freibundgruppen nicht singen, wird auch der Gesamtsingewettstreit an Niveau verlieren. Wegen von außen herangetragen Vorwürfe gegen den Freibund wird also bezüglich des eigentlichen Sinnes des Singewettstreites Schaden angerichtet wie auch bei den Möglichkeiten, in Hessen zu wichtigen Reformen im Sinne der Mehrheit der hessischen Wähler zu kommen.

So kommt mir der Gedanke, dass doch beim Singewettstreit die anwesenden Singeleiter nochmals darüber befinden sollten, ob sie dem Ausschluss des Freibundes zustimmen.

Hinwendung zum Wesentlichen

Stünden z.B. unsere Singetreffen unter dem Motto „Durch Singen Frieden nach innen und außen“, würden mühelos größere Perspektiven für Brüderlichkeit und Völkerverständigung geschaffen. Sängen Freibund- und Sturmvogelgruppen unter einem solchen Motto, dann würden sie damit auch nach außen hin zeigen, dass diese übergeordneten Fragen in ihrem Bund eine Rolle spielen. Konservativere Bünde würden – statt für von ihren Gegnern unterstellte nationalistische und militante Zielsetzungen – gemeinsam mit den anderen Gruppen öffentlich für zukunftsweisendes Leben und Denken werben.

Werden sie aber von bündischen Veranstaltungen ausgeschlossen, ausgegrenzt, gibt es für sie nur ein Verbleiben im Denken ihrer Herkunft. Sie müssen sich dann wegen unserer Ängste selbst stark machen nur in ihrer Tradition und sich auch abgrenzen.

Mit anderen Bekannten stimme ich überein, dass wir jungen Menschen dieser Bünde gegenüber verantwortlich zu handeln haben, ihnen also helfen sollten, Überholtes in ihren Auffassungen zu überwinden und nur ihre durchaus erkennbaren guten Traditionen weiter zu pflegen. Fördert nicht eine große Gemeinschaft das Nachdenken über geistige Grenzen hinaus?

Maximen

Was also wäre in jugendbewegtem Sinne wünschenswert?

In offenem Dialog aller Beteiligten sollte herausgearbeitet werden, was man will, auch, was man nicht will.

Hierbei sollten sich die politischen Gespräche in Gruppen und Bünden weniger mit Vorurteilen gegen Personen und Bünde beschäftigen, sondern mit Fragen, wie die Jugendbewegung und insgesamt das Allgemeinwohl und Recht und Gerechtigkeit befördert werden können.³

Methoden (Wege) zu solchen Zielen sind: Pflegen von Gesprächen, Zuhörenkönnen und Humor, um Verständnis an die Stelle von parteilicher Selbstgerechtigkeit zu setzen.⁴

Das freilich entbindet niemanden von eigenen Gewissensentscheidungen.

Sind Entscheidungen gegenüber anderen zu treffen, gilt, dass immer auch die andere Seite zu hören ist.⁵

Ausgrenzung ist also zunächst rechtswidrig.

Schließlich wage ich noch zu fragen:

Wer ist denn in den Bünden berechtigt, als politischer Richter aufzutreten?

Wo steht geschrieben, dass, solange Freibund und Sturmvogel von den Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland nicht verboten worden sind, die Bünde so tun sollen, als seien sie verboten?

³ Hierbei wären Einsichten Ciceros in seiner Schrift „de re publica“ („Der Staat“) heranzuziehen, dass ein echtes Gemeinwesen durch gemeinsamen Nutzen und Übereinstimmung bezüglich der Rechtsordnung bestimmt ist, dass nämlich „jedem das Seine“ („suum cuique“) zuzugestehen sei.

⁴ Hier wäre etwa dem römischen Komödiendichter Terenz zu folgen, der über sich selbst sagte: „nihil humanum mihi alienum esse puto.“ („Ich glaube, dass nichts Menschliches mir fremd ist.“) Selbstkritik sich selbst gegenüber und Versuche, andere Positionen zu verstehen, würden die Hetze gegen andere Meinungen ersetzen.

⁵ Dies ist ein bis heute gültiger römischer Rechtssatz bei Gerichtsverhandlungen: „audiat et altera pars!“ Die Richter hören den Staatsanwalt und den Verteidiger an. Diese Gerichtspraxis fehlt den Bünden, die selbstherrlich andere ausgrenzen.